

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereinsrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 18.

Berlin, Mittwoch, 3. März 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Steuere Brüder. — Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften im Jahre 1908. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Steuere Brüder.

Das Schicksal der Reichsfinanzreform war niemals in tieferes Dunkel gehüllt als gegenwärtig. Die Situation ist so zerfahren, daß selbst der beste Prophet Schwierigkeiten haben würde, wollte er versuchen, auch nur mit einiger Sicherheit den Ausgang der Dinge anzugeben. Allerdings steigt eine feste die Nachlasssteuer, die einzige Steuerart, mit der wir uns als Arbeiter vollkommen einverstanden erklären könnten, darf als gefallen angesehen werden. Die Herren Großgrundbesitzer, die in der konservativen Partei ihre politische Vertretung finden, haben einen so energischen Widerstand geleistet, daß selbst der Reichszähler Fürst v. Bülow auf die Nachlasssteuer Verzicht geleistet hat.

Was soll nun werden? Ganz ohne direkte Steuern kommt diese Reichsfinanzreform nicht zu Stande. Da hat man denn alle möglichen Mittel und Wege eronnen, und es sind auch bestimmte Anträge gestellt worden, die aber alle den Zweck verfolgen, nur ja die Bestehenden nicht allzusehr zu belasten. Der einzige Antrag, der uns davon annehmbar erscheint, ist der einer Reichsvermögenssteuer, der von den Nationalliberalen und Liberalen vertreten wird. Davon wieder wollen die verbündeten Regierungen nichts wissen, so daß auch dieser Plan als gescheitert angesehen werden kann.

Um dem Volke Sand in die Augen zu streuen, um den Anschein zu erwecken, als wolle man wirklich die wohlhabenderen Kreise zu einer Steuer heranziehen, ist weiter der Plan einer sogenannten Besitzsteuer ausgeheckt worden. Der Name bezweckt nichts anderes, als die große Menge über den wahren Charakter dieser Steuerreform hinwegzutäuschen. Diese Steuer ist so gedacht, daß die Matrikularbeiträge, d. h. die Abgaben der Einzelstaaten an das Reich, wesentlich erhöht werden sollen. Die Bundesstaaten aber sollen dann durch Landesgesetzgebung diese Mehrausgaben aufbringen. Dabei ist selbstverständlich nicht die geringste Gewähr geboten, daß die Einzelstaaten auf den Weg der indirekten Besteuerung, die ja die große Masse der Bevölkerung am meisten trifft, verzichten. Es bestände vielmehr die Gefahr, daß man auch hier wieder an dem Geldbeutel der Reichen schonend vorübergeht. Uebrigens hat auch dieser Plan gar keine Aussicht auf Verwirklichung, da die süddeutschen Finanzminister sich ganz entschieden dagegen ausgesprochen haben.

Es geht also bunt durcheinander. Schon diese erste Steuerart bildet eine gefährliche Klippe für das ganze Werk. Hinter den Kulissen wird fleißig gearbeitet. Was dabei herauskommt, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Aber der Gedanke kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß es wieder die Haut des arbeitenden Volkes ist, aus der die Kiemen geschöpft werden.

Ein Glück, daß es bei uns immer noch Hellscher gibt, die aus so schwierigen Situationen herauszuführen wissen! Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ zeigt uns in ihrer letzten Nummer den Weg, wie „die einfachste und natürlichste

Lösung der Reichsfinanzfrage“ erfolgen kann. Die Summe, welche das Reich durch die neuen Steuern aufbringen will, beträgt 500 Millionen Mark. Sie würde auf 400 Millionen Mark zurückgehen, würde man darauf verzichten, den Beamten die versprochenen 100 Millionen Mark für Gehaltsaufbesserungen und Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse zu gewähren. Weiter meint dann das Blatt:

„Sieht man dann auch in den Bundesstaaten von der Bewilligung der Gehaltszulagen ab, so werden dort rund 200 Millionen gespart, die in den Bundesstaaten sind, was sie heute nicht zu können vermeinen, in der Lage, dem Reiche in Form von Matrikularbeiträgen 200 Millionen dauernd zu zahlen, die sie durch direkte Steuern aufbringen mögen. Danach würde sich der Bedarf des Reiches auf noch 200 Millionen reduzieren. An dem ganzen jetzigen Reichshaushaltsetat lassen sich, wenn man nur ernstlich vorgeht, mit Leichtigkeit 50 Millionen Ersparnisse machen. Danach würde noch ein Bedarf von 150 Millionen verbleiben. Daß es aber dann eine Leichtigkeit sein würde, diese 150 Millionen durch Erhöhung der indirekten Steuern auf Tabak, Branntwein und Bier aufzubringen, bedarf weiter keiner Erörterung. Dann wäre auch der gerechten Forderung genügt, daß etwa die Hälfte des Reichsbedarfs durch direkte, die andere Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht wird.“

Es wäre dann nicht nötig, weite Volkskreise, wie z. B. die Landwirte, aufzuregen und unzufrieden zu machen durch Einführung ganz neuer Steuern.“

Wenn man diese Gedanken des Unternehmerorgans liest und einen Vergleich zieht mit den Vorschlägen, welche die Agrarier zur Lösung der Reichsfinanzfrage gemacht haben, muß man zu dem Resultat kommen, daß beide das gleiche Maß von Patriotismus und Opferfreudigkeit bekunden. Wundern muß man sich nur bei der „Arbeitgeber-Zeitung“ über die Raffiniertheit des ganzen Planes. Als Arbeiterorganisation haben wir an und für sich keinen Anlaß, uns besonders für die Interessen der Beamten ins Zeug zu legen. Wir sind der Meinung, daß die Gehälter der höheren Beamten, gemessen an ihren Leistungen, sehr häufig das gebührende Maß überschreiten. Lebensfalls vermögen wir eine Notlage der oberen Beamten nicht anzuerkennen. Anders liegt es bei den unteren und mittleren Beamtenkategorien, die tatsächlich oft Gehälter beziehen, die angesichts der herrschenden Teuerungsverhältnisse nicht als ausreichend bezeichnet werden können. Diese haben Anspruch auf Gehaltserhöhungen, umso mehr, da ihnen ganz bestimmte Versprechungen nach dieser Richtung hin sowohl im Reiche, als auch in den meisten Einzelstaaten gemacht worden sind. Deshalb ist es ein starkes Stück, wenn jetzt die „Arbeitgeber-Zeitung“ diese Gehaltsaufbesserungen verhindern möchte, nur damit „die Landwirte nicht aufgeregt und unzufrieden gemacht werden durch die Einführung ganz neuer Steuern“. Bezeichnend ist es, daß das Unternehmerorgan zu gleicher Zeit mit aller Seelenruhe die höhere Besteuerung des Tabaks, des Branntweins und des Bieres befürwortet. Nur der Befehl soll gespart werden. Er ist das Blümlein Rührmichnichtan, das rücksichtslos behandelt und gespart werden muß.

Eine richtige sittliche Begriffsverwirrung muß in den Kreisen der Agrarier und Großunternehmer Platz gegriffen haben. Mit aller Energie sträubt man sich dagegen, selbst auch nur das kleinste Opfer zu bringen. Auf der anderen Seite aber trägt man nicht das geringste Bedenken, durch Höherbesteuerung von Lebens- und Genussmitteln

dem kleinen Mann den Lebensunterhalt zu erschweren. Hat man denn gar kein Gefühl dafür, welche Erbitterung dadurch in den breiten Massen des Volkes entstehen muß? Ist genug hat es sich gezeigt, daß der Patriotismus, den jene Leute im Munde führen, nur leere Phrasen sind. So schamlos aber wie bei dieser Reichsfinanzreform hat man seinen Egoismus noch niemals zur Schau getragen.

Es ist unsere Pflicht, dies schändliche Gebaren öffentlich an den Pranger zu stellen. Wir müssen auch jede Gelegenheit benutzen, denjenigen Parteien, die Anspruch auf wahre Volksfreundlichkeit erheben, zuzurufen, daß auf direkte Steuern auf keinen Fall verzichtet werden darf. Ist um diesen Preis die Reichsfinanzreform nicht durchzuführen, nun, so tragen die Verantwortung diejenigen, welche für direkte Steuern nicht zu haben sind. Die auf nationalem Boden stehende Arbeiterschaft verfolgt die Vorgänge im deutschen Reichstage mit gespannter Erwartung. Sie wird aus dem Verhalten der Parteien ihre Schlussfolgerungen zu ziehen wissen.

Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften im Jahre 1908.

Die Nr. 1 der „Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse“ enthält in einem Jahresrückblick interessante Mitteilungen über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften des Reichsverbandes im Jahre 1908. Danach ist die Zahl der ländlichen Genossenschaften von 21 309 am 31. Dezember 1907 auf 22 314 am 31. Dezember 1908 gestiegen. Der Zuwachs beträgt also 1005 Genossenschaften, gegen 886 im Vorjahre. An dieser Zunahme sind alle Genossenschaftsarten beteiligt. Die Spar- und Darlehnskassen vermehrten sich um 549 auf 14 834, die Bezugs- und Abgabengenossenschaften um 93 auf 2152, die Volkseigenen Genossenschaften um 104 auf 3184 und die sonstigen Genossenschaften um 279 auf 2147. Am stärksten sind in der Gruppe der sonstigen Genossenschaften gewachsen die Maschinen-, Elektrizitäts-, Viehverwertungs- und Wasserleitungs-genossenschaften. Im Jahre 1908 wurden 111 Maschinen-, 54 Elektrizitäts-, 37 Viehverwertungs- und 31 Wasserleitungs-genossenschaften neu gegründet. Der Verfasser des Jahresrückblickes begrüßt jedoch dieses schnelle Anwachsen der Elektrizitäts- und Wasserleitungs-genossenschaften nicht mit ungeteilter Freude. Die Begeisterung für die Errichtung von Elektrizitäts-genossenschaften in den Kreisen der Landbevölkerung ist nach ihm vielfach auf die Propaganda der Elektrizitätswerke zurückzuführen, welche auf dem Lande Ersatz für den Arbeitsausfall suchen, der infolge der wirtschaftlichen Krise in den Städten entstanden ist. Es sei jedoch noch fraglich, ob Elektrizitätsgenossenschaften sich wirtschaftlich lohnen und ob Genossenschaften überhaupt die geeigneten Träger für derartige, mit sehr erheblichem Kostenaufwand verbundene Unternehmungen sind. Die Frage sei zu erwägen, ob solche Elektrizitätswerke und ebenso auch die Wasserleitungen nicht in erster Linie durch die Gemeinden zu errichten seien.

Ueber die Volkseigenen Genossenschaften erfahren wir aus dem Rückblick, daß die steigenden Frischmilchpreise und die Entstehung von Milchproduzenten-Vereinigungen in einigen Bezirken Südwestdeutschlands ihre Entwicklung beeinträchtigt haben. Die Milchlieferung ist zurückgegangen und hier und da mancher Betrieb ganz zum Stillstand gekommen. Um eine solche Bruchlegung volkswirtschaftlicher Werte zu verhüten, wird

den Molkereigenossenschaften empfohlen, sich an den Bestrebungen zur Versorgung der Städte mit frischer Milch aktiv zu beteiligen. Es sei das eine genossenschaftliche Lastfrage ersten Ranges.

Wir sind der gleichen Meinung, gestatten uns aber hinzuzufügen, daß eine befriedigende Lösung dieser Frage nur erfolgen kann, wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den städtischen Konsumentengenossenschaften zusammenarbeiten. Andernfalls wird es nicht ausbleiben, daß die hier gerügte Erscheinung sich wiederholt und die Landwirte bei steigenden Frischmilchpreisen ihre Genossenschaft im Stiche lassen.

Ueber den genossenschaftlichen Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, besonders von Getreide, Vieh und Eiern, äußert sich der Bericht günstig. Besonders der genossenschaftliche Viehverkauf hat im abgelaufenen Jahre einen großen Aufschwung genommen. So wurden in Hannover für etwa 15 Millionen Mark, in Schleswig-Holstein für 8 Millionen Mark und in Bayern für 10 Millionen Mark Vieh gemeinsam veräußert. Dabei steht diese Art genossenschaftlicher Betätigung der Landwirtschaft erst an ihrem Anfang. Auch hier muß indessen gesagt werden, daß die genossenschaftliche Viehverwertung des Gegengewichtes starker Konsumentenorganisationen bedarf, die große, leistungsfähige Schlächtereien einrichten können und als direkte Abnehmer der Viehverwertungsgenossenschaft fungieren.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 2. März 1909.

Seimarbeit und Lohnfrage lautet das Thema, mit der sich eine vom Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen zu Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr, nach dem Bürgerhalle des Berliner Rathauses einberufene öffentliche Verammlung beschäftigen wird. Die allgemeine Lage der Seimarbeiterinnen wird Fräulein Anna Schmidt beleuchten, die Notwendigkeit gesetzlicher Regelung der Seimarbeiterinnenlöhne Fräulein Gertrud Dyrenfurth begründen, während Fräulein Dr. Alice Salomon die dagegen erhobenen Einwände zu entkräften suchen wird. Nach den Referaten findet freie Diskussion statt. Hervorragende Parlamentarier und Männer der Praxis haben ihre Beteiligung zugesagt. Männer und Frauen sind herzlich willkommen.

Das Thema ist jetzt gerade aktuell, da die Gewerbe-Ordnungsnovelle und der Arbeitskammergesetzentwurf in einer Kommission beraten werden, auf die durch eine Resolution einzuwirken versucht werden soll. Es wäre daher dringend zu wünschen, daß der Besuch dieser Verammlung ein recht zahlreicher wird. Deshalb weisen wir unsere Verbandskollegen und vor allem Verbandskolleginnen von Berlin und Umgegend schon heute auf diese interessanter Veranstaltung hin und bitten um recht zahlreiche Erscheinen. Der Verband der Deutschen Gewerbevereine ist dem Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen als korporatives Mitglied angeschlossen.

(Säulenanschlag erfolgt nicht. Dagegen gehen den Ortsvereinen Handzettel zu, um deren Verbreitung wir ersuchen.)

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks haben die Tabakarbeiter eine lebhaft und durchaus berechtigte Protestbewegung eingeleitet. Gegenwärtig sind an allen den Orten, für welche die Tabakindustrie eine besondere Bedeutung hat, Petitionsbogen ausgelegt, welche von sämtlichen Einwohnern, auch den Frauen, unterzeichnet werden sollen. Wir wünschen dieser Bewegung besten Erfolg und hegen selbstverständlich den Wunsch, daß unsere Kollegen alles aufbieten, damit die Petitionen eine möglichst große Anzahl von Unterschriften erhalten.

Unabhängige Grubenkontrollreue oder Sicherheitsmänner? Bekanntlich beabsichtigt die preussische Regierung in ihrer Vergesetznovelle sogenannte Sicherheitsmänner einzuführen, die nicht unabhängig von den Grubenverwaltungen sind, sondern in deren Diensten bleiben. Die überwiegende Mehrheit der Bergarbeiter dagegen will unabhängige Grubenkontrollreue haben, die von den Arbeitern gewählt und von der Regierung bezahlt werden. Wir haben neulich schon auf die seltsame Erscheinung hingewiesen, daß auch der christliche Bergarbeiterführer Imbusch bei der Beratung der Vergesetznovelle im preussischen Abgeordnetenhause zwar verschiedene Ausstellungen daran zu machen hatte, im großen und ganzen aber sich für die Vorlage aussprach, und haben

in Nr. 14 dem Verdacht Ausdruck gegeben, daß vorher eine Verständigung über die strittige Frage zwischen dem christlichen Gewerkeverein der Bergarbeiter und der Regierung herbeigeführt worden ist. Der „Bergnappe“, das Organ des Gewerkevereins der christlichen Bergarbeiter Deutschlands, regt sich über diesen untern Verdacht gewaltig auf und schimpft auf uns, was das Zeug hält. Lassen wir dem Blatt sein Vergnügen; wer schimpft hat bekanntlich unrecht. Auffallend aber ist es, daß in der selben Nummer des christlichen Organs lebhaft für das System der Sicherheitsmänner eingetreten wird. Es heißt da:

„Für die im Arbeitsverhältnis und in demselben Steigerrevier verbleibenden Kontrollreue (d. h. die Sicherheitsmänner. D. R.) spricht, daß sie in ständiger enger Fühlung mit ihren Arbeitskameraden stehen und eine eingehende Kenntnis des betreffenden Reviers besitzen. Jede vorhandene und auch plötzlich auftretende Gefahr kann deshalb bei entsprechendem Zusammenwirken mit den Wählern sofort zu ihrer Kenntnis gelangen und beseitigt werden. Gegen diese Form der Kontrollreue ist anzuführen, daß die Gefahr der Bedrückung durch die Grubenverwaltungen und Beamten sehr groß ist. Doch läßt sich diese Gefahr durch verschiedene (!) Mittel beseitigen oder doch eine unglückliche Wirkung der Bedrückung dieser Kontrollreue verhindern.“

Als besondere Empfehlung von freigestellten Kontrollreuen kann angeführt werden, daß sie von den Arbeitgebern unabhängig sind. Gegen diese Form von Kontrollreuen kann aber auch manches vorgebracht werden. Es ist ja ausgeschlossen, daß der Staat solche Kontrollreue anstellt und bezahlt und den Arbeitern die freie uneingeschränkte Wahl derselben und die Anweisung und Beaufsichtigung ihrer Tätigkeit überläßt.“

Und dann heißt es, daß die Regierung sich bei der Durchführung einer dahingehenden Forderung die letzte Entscheidung bei der Anstellung vorbehalten würde. Sie würde auch die Tätigkeit der Kontrollreue regeln, entsprechende Vorschriften hierfür erlassen usw. Schließlich hätte man nur eine weitere untergeordnete Sorte von Einfahrern. Aus diesem Grunde glaubt das Blatt für die Sicherheitsmänner im Sinne der Regierungsvorlage eintreten zu müssen.

Eine merkwürdige Auffassung von einem Arbeiterblatte! Wir haben bisher geglaubt, daß auch die christlichen Bergarbeiter für unabhängige Grubenkontrollreue aus dem Arbeiterstande sind, müssen jetzt aber gestehen, daß wir uns darin getäuscht haben. Unter den Arbeitern wird der „Bergnappe“ nicht allzuviel Verständnis mit seiner Beweisführung finden. Unser Verdacht aber, daß vorher bestimmte Vereinbarungen in dieser Frage getroffen worden sind, ist durch diese Stellungnahme nur noch verstärkt worden.

Arbeiterbewegung. Der Streik der Montage-schlosser in der Lokomotivfabrik von Schwarzkopff in Wildau b. Berlin ist beendet. Die Vohlfreitigkeiten sind durch Einigungsverhandlungen beigelegt worden. Gleichzeitig haben aber in demselben Betriebe am Freitag die Pfeifferschmiede und Hilfsarbeiter, im ganzen etwa 250 Arbeiter, wegen fortgesetzter Alfordreuzierungen die Arbeit niedergelegt. — Die Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria-Compagnie, S. m. b. H. in Königsberg i. Pr., verbietet ihren Arbeiterinnen die Zugehörigkeit zur Organisation und verlangt unter Androhung der Entlassung die Unterschrift, daß die Arbeiterinnen keinem Verbandsangehörigen. Daraufhin ist über die Firma die Sperre verhängt worden. — Der Streik der Metallarbeiter in der Deutschen Kugellagerfabrik in Leipzig-Plagwitz ist nach zweitägiger Dauer beendet worden. Die Firma hat einige Zugeständnisse gemacht und sämtliche Entlassenen wieder eingestellt.

Eine dreiste Fälschung. Wir berichteten schon in Nr. 17 darüber, daß die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine, auf unseren Artikel „Durcheinander in der christlichen Gewerkschaftsbewegung“, lediglich mit einer Schimpfkanonade geantwortet hat. Erst jetzt finden wir, daß das edle Blatt sich auch noch einer bewußten Fälschung schuldig gemacht. Es wollte den Schreiber unserer Artikel in Widerspruch setzen mit einem anderen Aufsatz, den derselbe in der „Westdeutschen Post“ in Düsseldorf geschrieben hat. In diesem letzteren Aufsatz handelt es sich um die Wahl im Siegerland. Das Fälscherorgan gab aus diesem Artikel folgenden Satz wieder:

„Die Schlappe, die die hiesigen ländlichen Gewerkevereine den Herren Mumm und Anhang im Interesse der Gewerkevereine ganz Deutschlands beigebracht haben, hätten wir mit gewerkschaftlicher Neutralität nicht zuzufügen können.“

Wie gesagt, ist dieses Zitat eine dreiste Fälschung. Es heißt nämlich in diesem Artikel nicht Neutralität, sondern Ueberneutralität. Durch die Streichung von vier Buch-

staben hat das Blatt also den Sinn der Worte in ihr Gegenteil verkehrt. Sonst hätte es ja auch keine Handhabe, auf uns zu schimpfen. Wir nageln hiermit den Fälscher öffentlich fest.

Von einem schweren Verluste ist der Gewerkeverein der Deutschen Schiffszimmerer und Berufsgenossen betroffen worden. Am vergangenen Freitag wurde sein langjähriges Mitglied

W. Müller

in Stettin-Bredow zur letzten Ruhestätte geleitet. 33 Jahre lang hat der Verstorbene an der Spitze dieses Ortsvereins gestanden, und 25 Jahre lang bekleidete er das Amt eines Vorsitzenden im Generalrat. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß Müller ein wahrer Gewerkevereiner war, der zu jeder Zeit bereit war, für unsere Sache in die Bresche zu treten. Ein treues Andenken ist ihm weit über die Grenzen seines Gewerkevereins hinaus in unserer Gesamtorganisation gesichert.

Neue Arbeitervertreter. Vor kurzem wurde im Reichstage ein auch von uns eingehend gewürdigter Antrag beraten, die Ausnahmegeetze für die Landarbeiter zu beseitigen, ihnen das Koalitionsrecht zu gewähren, sie der gesetzlichen Krankenversicherung zu unterstellen und eine gesetzliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 106 Stimmen an eine Kommission überwiesen. Gegen die Ueberweisung stimmte die gesamte Rechte einschließlich der Wirtschaftlichen Vereinigung, zu der die Abg. Behrens und Schaaf gehören. Auch diese beiden „Rechtsvertreter“ haben gegen die Ueberweisung jenes Antrages an eine Kommission gestimmt, ihn also am liebsten lang- und langsam unter den Tisch fallen lassen. Das muß uns eigenartiger berühren, als Herr Behrens Generalsekretär des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter, Herr Schaaf Vorsitzender des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ist. Also angestellte Beamte von Arbeiter- bzw. Angestellten-Organisationen stimmen gegen das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter! Was mögen wohl jene Organisationen, die ihre Existenzmöglichkeit doch auch nur dem Koalitionsrecht verdanken, zu dieser Haltung ihrer Führer sagen?

Dem „Reich“ sind diese Feststellungen natürlich sehr peinlich. In seiner Sonntagsnummer sucht es die Abstimmung der Herren Behrens und Schaaf dadurch zu entschuldigen, daß es sagt, sie hätten gegen die Kommissionsüberweisung gestimmt, weil sie eine sofortige Erledigung des Antrages herbeiführen wollten. Darüber seien sich alle Politiker klar, „daß in diesem Falle die Kommissionsüberweisung ein Begräbnis erster Klasse ist, und der Antrag aus der Kommission wohl nicht mehr herauskommt“. Die Herren Behrens und Schaaf hätten die Abstimmung über das Koalitionsrecht nicht zu fürchten.

Das sind natürlich ganz saule Ausreden. Keineswegs ist die Kommissionsüberweisung ein Begräbnis erster Klasse. Es ist durchaus anzunehmen, daß der Antrag vielleicht mit geringen Änderungen wieder an den Reichstag gelangt und von ihm angenommen wird. Gäbe aber die Mehrheit des Reichstages so gestimmt, wie die genannten beiden Herren, dann war der Antrag ein für allemal unter den Tisch gefallen. Es bleibt also dabei, daß zwei Arbeiterführer den Bestrebungen, den Landarbeitern die gleichen Rechte wie den gewerkschaftlichen Arbeitern zu verschaffen, hinderlich in den Weg getreten sind.

Die unankündigende Behandlung, welche die Elite der Agrarier in der Verammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer dem Professor Wagner hat zuteil werden lassen, scheint wenigstens denjenigen Elementen, die sich noch etwas Schamgefühl bewahrt haben, recht peinlich zu sein. Graf Mirbach als Vorsitzender jener Verammlung hat nämlich nachträglich an Professor Wagner ein Schreiben gerichtet, in welchem von „absichtlichen Uebertreibungen der tabulalen Presse“ gesprochen wird, und auch in der „Kreuz-Ztg.“ bemüht sich ein Teilnehmer der Verammlung darzulegen, daß die Behandlung, die Wagner in der Verammlung erfahren hat, nicht so schlimm gewesen sei, daß ihn nur wenige ausgelacht hätten. Was an diesen Entschuldigungen dran ist, erfährt man am besten aus einem von Wagner an das genannte Blatt datierten Brief, in dem es heißt, daß ihm in jener Verammlung in einer Art und in

Formen begegnet sei, wie er sie anderswo kaum erlebt hat. Das genügt!

Wichtige Beschlüsse hat das Kaufmannsgericht in Charlottenburg in seiner Beschlusssitzung vom 17. Februar gefaßt. An das Reichsamt des Innern, Reichstag und Bundesrat sollen folgende Anträge eingereicht werden:

1. Den Handlungsgehilfen möglichst bald die in Aussicht gestellte staatlich geordnete Berufsvertretung zu schaffen, die aus einer gleichen Zahl von Kaufleuten und Handlungsgehilfen zusammengesetzt sein soll.

2. Den Auktionskatalogen reichsweit für alle offenen Verkaufsstellen an allen Werttagen einzuführen und die Arbeit nach dem Auktionskatalog — mit Ausnahme des Juwelenhandels der Kunstschaff — zu verbieten.

3. Den § 130c der Reichsgewerbeordnung dahin zu ändern: In offenen Verkaufsstellen und den zugehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen ist den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 12 (bisher 10) Stunden zu gewähren; den Absatz 2 des § 130c zu streichen.

4. Für das in Kontoren und in den nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen handelsgewerblichen Lagerräumen beschäftigte Personal eine Reihe in der Eingabe näher formulierter Bestimmungen über die Arbeitszeit in die Reichsgewerbeordnung aufzunehmen.

Eine strengere Bestrafung der Vergehen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen wird in Bayern geplant. Das bayerische Justizministerium führt nämlich Klage darüber, daß die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über Arbeiterschutz in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme erfahren haben. Namentlich in den Ziegeleien sollen die Verhältnisse überaus unbefriedigend sein. Die dazwischen vielfach verwandten Ziegelmeister ausländischer Nationalität bringen den deutschen Arbeiterschutzesorgern zu wenig Verständnis und Achtung entgegen. Infolgedessen sind die Anklagebehörden angewiesen worden, auf strengere Bestrafung wegen Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen hinzuwirken.

Es ist eine in den Verichten der Gewerbeaufsichtsbeamten häufig wiederkehrende Klage, daß Verstöße wider die Arbeiterschutzesorge allzu milde geübt werden. Die geübte Nachsicht bilde kein Abschreckungsmittel. Vielmehr wird dem Uebel jetzt wenigstens in Bayern gesteuert. Zu wünschen wäre allerdings, daß man überall in der Deutschen Reichs eine größere Strenge in Anwendung brächte.

Die 388. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltungen findet am Sonntag, den 7. März, abends 7 Uhr, im Theaterplatz der königlichen Hochschule für Musik (Fasanenstr. 1, Portal 5) statt. Zur Aufführung gelangt vom Märkischen Wandertheater: „Minna von Barnhelm“ von Lessing.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Bitterfeld und Umgegend.

Wenn wir auch keine großen Lobreden halten wollen, so kann doch im großen und ganzen gesagt werden, daß die Ortsvereinsvorstände im vergangenen Jahre auf dem Posten waren und sich von keiner Seite aus lehren ließen. Auch suchten sie stets neue Mitglieder zu gewinnen. Allerdings ist die Agitation schwer, da die große Masse zu sehr geneigt ist, den Lebensarten von Pfaffenheiden zu folgen. Die Aufräumarbeiten für unsere guten Bestrebungen hat darunter sehr zu leiden.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 11 Vertreterversammlungen, 3 Ortsverbandsversammlungen, 1 kombinierten Vorstandssitzung und 2 öffentlichen Versammlungen. Die erste öffentliche Versammlung fand in Bitterfeld statt. Referent war Kollege Lange, welcher die von den „freien“ Gewerkschaften beabsichtigte Gründung einer Ortskrankenkasse in dieser Stadt besprach. Die andere öffentliche Versammlung fand in Hirschdorf statt, mit dem Mediziner Lehner als Referent. Die Versammlungen waren gut besucht und haben sicherlich ihren Zweck nicht verfehlt. Von einer Eingabe an den hiesigen Magistrat um Zuziehung von Arbeitern aus den Gewerbevereinen zu dem Amte der Schöffen oder Geschworenen haben wir ab, da bereits die Ullsten auslagen. In diesem Jahre soll der Antrag eingereicht werden. Das 40-jährige Bestehen der Gewerbevereine wurde in würdiger Weise gefeiert. Die Feste hielt Kollege Lange, und einen Rückblick auf die Entwicklung des hiesigen Ortsverbandes gab der Stadtverordnete Kollege Winkler, ehemals langjähriger Ortsverbandsvorsitzender. Bemerkenswert ist, daß der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter-Partei sein 20-jähriges Bestehen feiern konnte, bei dem Kollege Pulz sen. die Feste hielt. Der Distriktsklub, welcher vor 2 Jahren gegründet wurde, wird stets nur von denselben Kollegen besucht. Die Reichsausschussstelle, welche im Laufe des Jahres gegründet

wurde, wird unentgeltlich durch den Kollegen J. Neumann verwaltet.

Dies wäre so die Tätigkeit des Verbandes. Wohl gibt es noch Lücken auszufüllen, wohl sind die Aufgaben, welche der Ortsverband zu erfüllen hat, noch lange nicht gelöst. An gutem Willen und fleißiger Arbeit aber hat es nicht gefehlt, und im allgemeinen können wir auch mit dem Erreichten zufrieden sein. Tant allen denen, welche für die Interessen des Ortsverbandes mitgeteilt haben! Unsere Lösung sei auch in diesem Jahre: „Vorwärts immer, rückwärts nie!“
Karl Pulz jun., Ortsverbandssekretär.

Ortsverband Dessau und Umgegend.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 10 Vorstand- und Vertreterversammlungen, 4 kombinierten Ausschusssitzungen und 5 Ortsverbandsversammlungen. Die Gewerbevereinswahl veranlaßte mehrere gemeinschaftliche Sitzungen mit dem evangelischen Arbeiterverein. Schließlich aber wurde der Wahlkampf dadurch vermieden, daß die Organisationen sich über die Verteilung der Stimmen einigten. Uns wurden 5 Beisitzer eingetragt, während wir bis dahin nur 3 hatten. An den Ortsvereinsversammlungen nahmen ebenfalls Vertreter des Verbandsausschusses teil, um die Sitzungen möglichst interessant zu gestalten. Im März tagte hier eine Konferenz zwecks Gründung eines Arbeiterkretariats für Anhalt. Der Plan wußte bis auf eine spätere Zeit vertagt werden.

Zu wünschen wäre dringend, daß die Mitglieder den Veranstaltungen des Ortsverbandes größeres Interesse entgegenbringen. Die finanziellen Verhältnisse des Ortsverbandes gestalteten sich verhältnismäßig günstig; seine Mitgliederzahl stieg von 379 auf 419. Im Laufe des Jahres schloß sich der Ortsverein der Maschinenbauer Röhren dem Ortsverbande an, während der Verein Deutscher Brauereigesellen für Dessau dem Gesamtverbande der Deutschen Gewerbevereine beitrug. Einen Verlust haben wir insofern, als sich der Ortsverein der Lederarbeiter am Ende des Jahres auflöste. Bei den im Herbst stattgehabten Stadtverordnetenwahlen wurden in Dessau der Kollege Kriemann auf 4 Jahre, in Köstlin der Kollege Franke auf 6 Jahre und in Magdalen der Kollege Harnisch ebenfalls auf 6 Jahre zu Stadtverordneten gewählt.

Unsere Eingabe auf Heranziehung von Gewerbevereinen als Schöffen und Geschworene hatte nur in Köstlin und Dessau Erfolg. Vorträge wurden gehalten von Herrn Hübschprediger Schubring-König über: „Christentum und Arbeiterbewegung“, vom Kollegen Sauer-Weipig über: „Die Gewerbevereine im öffentlichen Leben“, vom Kollegen Mangelsdorf-Dessau in Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter über: „Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland“ und im Ortsverein der Maschinenbauer Röhren über: „Die Gewerbevereine und ihre Stellung zu den politischen Parteien“. Dasselbe Thema beschäftigte auch eine Ortsverbandsversammlung in Dessau. Auf einem Familienabend im November sprach außerdem Herr Oberlehrer Partheil über die Wirkungen der Wärme unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für den Haushalt. Die Geselligkeit kam zu ihrem Rechte durch zwei Sommerfeste und die Feier des 40-jährigen Bestehens der Deutschen Gewerbevereine.

Auch im neuen Jahre werden wir unsere ganze Kraft daran setzen, die Gewerbevereinsbewegung vorwärts zu bringen. Wohlauf, Kollegen, helft dem neuen Vorstand, daß ihm dieses Vorhaben in vollem Maße gelinge!

Wilhelm Mangelsdorf, Schriftführer.

Ortsverband Hannover-Linden und Umgegend.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 8 Ausschusssitzungen, 2 kombinierten Sitzungen, 4 Ortsverbandsversammlungen, sowie 8 außerordentlichen Versammlungen in Hainholz, Wülfel und Nidlingen. Leider wiesen die Versammlungen keinen guten Besuch auf. In der am 19. September einberufenen Versammlung sprach Kollege Lewin-Berlin über: „Die Stellung der Deutschen Gewerbevereine in der Arbeiterbewegung“ und in der Versammlung in Hainholz Herr Pastor Chapuzau-Hainholz über: „Einigkeit macht stark“. Um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern, veranstaltete der Ortsverband einen Ausflug durch die Gegend. Auch hier lag die Beteiligung zu wünschen übrig. Wie früher, so wurden auch in diesem Jahre 6 Kollegen als Schöffen ausgelost. Die vom Ortsverband errichteten Auskunftsstellen zeitigten schon in kurzer Zeit rege Inanspruchnahme. Der Ortsverband beantragte bei den Magistraten von Hannover und Linden, beim Gewerbegericht das Proportionalwahlsystem einzuführen. Es wurde uns der Bescheid, daß wegen Statutenänderung diesmal dasselbe noch nicht eingeführt werden könne. Den an die Stadtverwaltungen gerichteten Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten eingereichten Gesuchen ist bereitwilligst Folge geleistet worden.

Der geschäftsführende Ausschuss hofft, daß das Geschäftsjahr 1909 ein besseres Resultat aufzuweisen hat.
Fr. Botke, Sekretär.

Ortsverband Eisenach und Umgegend.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in acht Ausschusssitzungen und einer kombinierten Sitzung erledigt. In einer öffentlichen Ortsverbandsversammlung sprach Kollege Grelenz-Berlin über „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung“. Mit einer Eingabe an den Gemeinderat wegen Heranziehung von Arbeitern als Schöffen und Geschworene hatten wir in diesem Jahre keinen Erfolg. Der Antrag um Vornahme von Notstandsarbeiten dagegen wurde vom Gemeinderat berücksichtigt. Neue Ortsvereine zu gründen, war uns im verflochtenen Jahre nicht möglich, hoffentlich gelingt es uns im neuen. Das 40-jährige Bestehen der Deutschen Gewerbevereine wurde durch ein gemütliches Beisammensein ge-

feiert. Auch in diesem Jahre werden wir keine Mühe scheuen, eine erfolgreiche Agitation zu treiben. Deshalb möchte ich jeden Kollegen, tatkräftig mitzubehelfen an dem großen Werk zum Wohle und Segen der Deutschen Gewerbevereine.
Ernst Hohlbein, Schriftführer.

Ortsverband Biersen.

Wenn auch im vergangenen Jahre sich in unserem Ortsverbande wieder mehr Leben zeigte, so hatte doch die Leitung öfters über schlechten Versammlungsbesuch zu klagen. Auch die Kollegialität wurde zwischen den einzelnen Ortsvereinen und der Ortsverbandsleitung nicht immer richtig gepflegt. Wenn daher die Ziele, welche sich am Jahresanfang die Verwaltung gestellt hatte, nicht alle erreicht werden konnten, so lag dies nicht an der mangelhaften Latkraft des Vorstandes, sondern an der Interesslosigkeit einzelner Ortsvereine. Bedeutend mehr hätte geleistet werden können, wenn die Mitglieder den Anregungen der Verwaltung in bezug auf die Agitation tatkräftiger nachgekommen wären.

Die Geschäfte wurden in 7 Versammlungen und 1 kombinierten Ausschusssitzung erledigt. Vorträge wurden gehalten vom Kollegen Partmann-Nachen über „Entwicklung der Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert“, vom Kollegen Reichel-Grabbach über „Der Musterbetrieb vom Fein in Jena“, und vom Hauptlehrer Strauß-Biersen über die „Reichsfinanzreform“. In der Ausschusssitzung wurde hauptsächlich über die Verschmelzungsfrage der beiden Ortsverbände Grabbach und Biersen Stellung genommen. Nach reiflichen Erwägungen unterließ die Verschmelzung. An Vergütungen wurde am Schluß des Jahres eine Weihnachtsgeld und im September ein Sommerfest veranstaltet.

Der Vorstand schließt mit dem Bunde, daß im neuen Jahre unsere Bestrebungen mehr Interesse und Verständnis finden mögen als im alten, zur Förderung der Gewerbevereinsideen in Biersen.

Theod. Jansen, Ortsverbandschriftführer.

Gewerbevereins-Teil.

§ Berlin. Der Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter hielt am Freitag, den 26. Februar, im Verbandsbause eine Versammlung ab, in der zu der Frage „Wer sorgt für die Arbeitslosen?“ Stellung genommen wurde. Das einleitende Referat hielt Kollege Gustav Partmann, der auf die verschiedenen Projekte hinwies, die in Krisenzeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit gemacht werden. Er schilderte u. a. die von verschiedenen Kommunalverwaltungen getroffenen Maßnahmen, erörterte eingehend das Genter System und wies auf die Förderung des Gewerbevereins zur Schaffung eines Reichsarbeitsrechtes, durch welches das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eine Regelung in modernem Sinne erhalten müsse. Die Arbeitslosenunterstützung müsse in der Hauptsache nach wie vor Aufgabe der Arbeiterorganisationen bleiben. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Versammlung erbt in der Schaffung eines Reichsarbeitsrechtes, durch welches den Vertretern der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird über das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Grundlage, auf der in Krisenperioden die Wucht dieser Krise abgemildert werden kann. Solange ein solches Recht nicht besteht, ist es Pflicht der Kommunen und des Staates, während einer Krise, soweit dies irgend möglich ist, für lohnende Beschäftigung der Arbeitslosen zu sorgen.“

Die Unterstützung Arbeitsloser muß in der Hauptsache den Berufsorganisationen, Gewerbevereinen und Gewerkschaften, überlassen bleiben, durch deren erzieherische Tätigkeit die Selbstverantwortlichkeit der Arbeiter wächst, und deren Selbstverwaltung die beste Sicherheit gegen Mißbrauch dieser Unterstützung bietet.

Die Kommunen sollen den gegen Arbeitslosigkeit Versicherten auf dem Wege über die Arbeiter-Berufsorganisationen entsprechende Zuschüsse nach Art des Genter Systems zahlen, wie dies in Straburg i. E. bereits mit gutem Erfolge praktisch durchgeführt ist.

Das Arbeitsnachweisedesen ist mehr und mehr auf paritätischer Grundlage auszubauen. Solange dies nicht völlig durchgeführt ist, sind die eigenen Arbeitsnachweise der Arbeiterorganisationen als eine unentbehrliche Einrichtung mit allen Kräften zu unterstützen und zu fördern.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Eisen- und Metallindustrie, soweit diese noch nicht organisiert sind, haben die moralische Pflicht, sich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit durch Anschluß an den Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (G.D.) zu schließen und geschlossen mit den bereits organisierten Arbeitern die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft zu vertreten.“

§ Kiel-Gearden. In der Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Schiffszimmerer, Schiffbauer und Berufsgenossen am 13. Februar referierte nach Erledigung des geschäftlichen Teils der Generalsekretär unseres Gewerbevereins, Kollege J. Gaeffe, über: „Die am 2. und 3. Januar in Hamburg abgehaltene Konferenz der sozialdemokratischen Verbände für die deutschen Gewerkschaften und ihre Folgen für die deutschen Arbeiter.“ Redner führte angefangen folgenden aus: „Die deutsche Arbeiterbewegung besteht 12 Jahre. Von Anbeginn derselben wurde von sozialdemokratischer Seite versucht, eine Einheitsorganisation für die Gewerkschaften zu schaffen. Dies sei durch

Gründung des Werftarbeiterverbandes geschehen Aber hier zeigte schon damals der Deutsche Metallarbeiterverband, daß ihm dies nicht in den Kr-um paßte. Durch den Streik im Jahre 1903 wurde dem Werftarbeiterverband ein klägliches Ende bereitet. Von nun an erließen der Deutsche Metallarbeiterverband auf dem Plan, und versuchte unter Anwendung der schädigsten Mittel die Werftarbeiter für sich zu gewinnen, was ihm aber durch die bekannten Niederlagen bereitete wurde. Auch die späteren Lohnbewegungen ist der Metallarbeiterverband stets allein vorgegangen, ohne auf die übrigen Organisationen Rücksicht zu nehmen. Dieses Verfahren hat man nicht nur gegenüber den nichtsozialdemokratischen Werftarbeitern angewandt, sondern auch gegenüber den Verbänden, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind. Niederlage auf Niederlage ist die Folge gewesen. Es ist daher kein Wunder, daß eine große Unzufriedenheit jetzt unter unseren Arbeitkollegen auf den Werften Platz gegriffen habe. Diese Unzufriedenheit ist durch eine weitere Knebelung der Werftarbeiter durch Annahme eines Regulativs auf der Konferenz der sozialdemokratischen Verbände für die deutschen Seefischweifen am 3. Januar d. J. in Hamburg noch vermehrt worden. Die Verschwendung, die gegenüber den Werftarbeitern in diesem Regulativ zum Ausdruck kommt, erweckt den Anschein, als habe man hier ein Statut der gelben Gewerkschaften, aber nicht das eines „Arbeiterbewußten“ Verbandes vor sich. Bei den Verhandlungen auf jener ersten Konferenz in Hamburg wurden die Forderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes von den Unternehmern als berechtigt anerkannt, diejenigen des Gewerkschafts als zu weitgehend zurückgewiesen. Und auf der letzten Konferenz ist dieses Regulativ zustande gekommen, das den Arbeitern neue Fesseln anlegt. Die Schuld an dieser „Garniebuserei“ trägt der Metallarbeiterverband, der früher bei jeder geringfügigen Gelegenheit mit dem Säbel rasselte. Die Arbeiter können daraus erkennen, was es mit dem Radikalismus auf sich hat, den die Verbändler-Führer sonst geigen. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Tatsache den Werftarbeitern vor Augen zu führen, damit sie endlich aufhören, jenen Phrasenhelden blindlings zu folgen. — In der Debatte, die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte, erklärten sich sämtliche Redner bereit, im Sinne des Referenten zu wirken. x

Thorn. In unserer letzten Ortsverbandssammlung wurde nach Verlesung des Protokolls das Ergebnis der Ausschlußwahlen vom 8. Januar bekannt gegeben. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Hinz, zu dessen Stellvertreter Kollege Witt, zum Schriftführer Kollege Jacobi und zum Kassensführer Kollege Kowalowski gewählt. Nachdem darauf der Kassierer seinen Jahresbericht erstattet hatte, hielt Kollege Hinz einen ebenso ausführlichen wie lehrreichen Vortrag über das Unfallversicherungsrecht, an den sich eine längere Diskussion angeschlossen. Zu einer lebhaften Aussprache führte ein vom Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter gestellter Antrag auf Gründung einer eigenen Bäckerei, der warm vom Kollegen Abromeit befürwortet wurde. Nach zweistündiger angeregter Debatte wurde beschlossen, die Angelegenheit einer Kommission zu überweisen, die Listen der einzelnen Ortsvereine anfertigen und zirkulieren lassen soll, um zu sehen, wie viele Mitglieder das Unternehmen zu unterstützen geneigt wären. Außerdem soll sie einschlägiges Material zu besorgen versuchen. In die Kommission wurden gewählt die Kollegen Doering (Fabrik- und Handarbeiter), Wallenski (Maschinenbauer), Abromeit (Schuhmacher), Rosel (Holzarbeiter), Kowalowski (Schneider), Katschli (Konbitor). Obmann der Kommission ist

Kollege Hinz. Nach Erledigung dieser Sache ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, der Kohlenparafasie zu gedenken und schon jetzt mit den Einlagen zu beginnen. Zum Schluß richtete er an die Anwesenden noch eine eindringliche Ausrufung, energischer noch als bisher für unsere Sache zu agitieren und schloß dann die Sitzung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Deutschen Gewerksvereine.
Jacobi, Ortsverbands-Schriftführer.

Verbands-Teil.

Bekanntmachung! Zur dringenden Beachtung!

Trotz wiederholter Erinnerung im „Gewerksverein“ und trotz mehrmaliger schriftlicher Aufforderung haben auch jetzt noch nachstehende Ortsverbände die Adressen ihrer Vorstandsmitglieder nicht angegeben:

Herne i. W., Labenburg a. R., Stollberg i. Erzgeb. und Stolp.

Wenn nicht umgehend die Einfindung der Adressen erfolgt, müssen dieselben im Verbands-Adressenverzeichnis durch Fragezeichen ersetzt werden.

Die interessierten Kollegen dieser Ortsverbände und die denselben angeschlossenen Ortsvereine sollten daher Veranlassung nehmen, den zur Einfindung verpflichteten Kollegen zur Erfüllung seiner Pflicht anzuhalten. Im Interesse einer schnellen Erledigung der Korrespondenz müssen die Adressen aller Ortsverbände bekannt sein.

Kollegen, mahnt die Säumigen!

Der geschäftsführende Ausschuß.

J. Neufeldt, Verbands-Sekretär.

Besammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (H.-O.). Verbandsabend der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223 Mittwoch, 3. März, 8 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Agitationsfragen, daher vollständiges Erscheinen notwendig. Gewerksvereine-Liedertafel (H.-O.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — Distriktsklub Noabit. Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Rabau, Walbstr. 58. Freitag, 5. März, Vortrag des Herrn Seud, jur. Kautler über: „Die Studentenchaft im Verhältnis zur Arbeiterchaft“. Gäste willkommen. — Fachwissenschaftl. Distriktsklub Berlin. Pflückerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Deutsche Kaufleute IV. Mittwoch, 3. März, abends 9 Uhr, im Verbandslokal, Greifswalderstr. 221/223, Mitgliedervers. F.-D.: 1. Agitationsvortrag. Referent Kollege E. Grünthal über: „Die Forderung der Baden Ringstellen“. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. — Sonnabend, 6. März. Maschinenbau- u. Metallarbeiter II. Abends 8 1/2 Uhr, Fruchtstr. 36a (großer Saal), Bers. mit Damen F.-D.: 1. Mitteilungen. 2. Abrechnung vom Maskenball. 3. Vortrag des Herrn Pfemfert: „Reichsfinanzreform“. Daten

anschließend Tanzkränzchen. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr bei Ehem, Blücherstr. 6. F.-D.: Protokoll, Mitteilungen. Werftarbeiterangelegenheiten. Verschiedenes. Regulatorporto. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abends 8 1/2 Uhr bei Rejhel, Maszkauerstr. 55, Versammlung mit Damen. Kollege Weigt hält einen Vortrag über: „Die Bestrebungen und Leistungen unserer Organisation und ihr zukünftiger Wert“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8 1/2 Uhr Versamml. mit Damen. Vortrag des Lehrers Herrn Drexin. — Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Sonntag, 7. März, vormittags 9 Uhr, Bers. bei Rabau, Walbstr. 58. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Die Versammlung am 6. fällt aus. Dafür Versammlung mit Damen Sonntag, 7. März, nachm. 5 Uhr, bei Trantom, Schönhauser Allee 65. Weltabrechnung vom Grünwaldfest. — Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Die Versammlung am 6. März fällt aus. Dafür Montag, 8. März, abends 8—10 Uhr Jagl. abend im Vereinslokal.

Leipzig. Deutsche Handelschiffsarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Bürgenerstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witt, Schulte-Wattler, Distriktsklub. — Nachen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leuchter, Ecke Hanfemannplatz u. Jülicherstr. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., im Hiltmanns Hotel, Boollstr., Distriktsklub. Dresden (Distriktsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerböck, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — Gagen a. Huns. (Distriktsklub). Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmann, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — Köln (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Bater Kolping“, Eifergasse. — Gamburg (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Raetow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hagenkamp, Friedrich-Wilhelmstraße, Distriktsklub. — Wälheim-Ruhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerksvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmungsbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weissenfels a. S. (Gesangsabteilung der Gewerksvereine). Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsübende Gewerksvereinskollegen sind willkommen. — Zwickau (Ortsverband). Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub im Lokale des Herrn Heinger. — Nachen (Ortsverband). Sonntag, 7. März, morgens 11 Uhr, Vertreterversammlung in Nachen, Jülicherstr. 72, Rest. „Zur Post“. — Hannover-Linden und Hagen (Ortsverband). Sonntag, 21. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, Ortsverbandssammlung in der Königsworth, Böhmerstraße 12. F.-D. batesch. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, die Versammlung zu besuchen. — Oberhausen (Ortsverband). Sonnabend, 6. März, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung bei Wirt Ritschberg, Falkensteinstr.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Festschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Zeitsaden zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerksvereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereine 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Festschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Fidelitas.
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Solozenen, Compien (mit Musik), Rom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 hg.
Nachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 Mk. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Nachen, Walbertenweg 71.
Gremmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. beim Kassierer Kollegen Max Rothe, Sewenstraße 142, Gröplingen.
Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüfung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei Friedrich Ehrlich, Dreslaustr. 20.
Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerksvereinsbureau, Frohnhauserstr. 58
Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstüfung im Bureau, Mühlheimerstraße 132.

Nur 87 Pfg. pro Quartal
kostet die beliebte, gutredigierte Wochenchrift für **Sozialpolitik und nationale Kultur**, der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende **„Mitteldeutsche Kurier“** mit seiner 8 seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage. Probenummer gratis durch den Verlag. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstr. 2/3, entgegen.
Galle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstüfung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Laube, Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.
Forst i. L. (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Bespflegungskarten bei August Müller, Fruchtstr. 6 I. Mittags von 12—1, abends von 7—8 Uhr.
Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig bei E. Schröder, Katharinenstraße 2/3 II.
Gamm (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Roffig, Uhländerstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark Reisegehalt, zugerechnet, arbeitslose Mitglieder erhalten eine Karte für Abendessen, Nachtlosgeld und Frühstück.
Hannover und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Berufs erhalten Nachtquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Carl Gebel, Heisenstraße 32 A I.